

Homeoffice schützt das Klima, Globale Mindeststeuer von 15 Prozent?, Privatinsolvenzen steigen massiv

Homeoffice schützt das Klima

Wer von zuhause aus arbeitet, schützt das Klima: Durch die dauerhafte Arbeit im Homeoffice können laut einer neuen Untersuchung in großen Umfang klimaschädliche CO₂-Emissionen eingespart werden. Jedoch spielen die genauen Arbeits- und Lebensumstände eine entscheidende Rolle, genau wie die Jahreszeit, so das Ergebnis der Analyse der britischen Umweltschutz-Organisation Carbon Trust im Auftrag des Vodafone-Instituts. Die Coronakrise und der damit verbundene Wechsel ins Homeoffice hat laut Untersuchung bereits zu einer deutlichen Verbesserung der CO₂-Bilanz der deutschen Wirtschaft geführt. Grund für die bessere CO₂-Bilanz sind zum einen Einsparungen durch weniger Pendelei. Deutlich schwerer wiegt aber der gesunkene Energieverbrauch durch nicht mehr oder reduziert betriebene Büros. ([Spiegel Online](#))

Globale Mindeststeuer von 15 Prozent?

Weltweit möchten die Finanzminister der sieben größten Industriestaaten das Steuersystem weltweit umbauen. Die führenden Industrienationen haben sich nach jahrelangen Verhandlungen auf wichtige Pfeiler einer weltweiten Steuerreform geeinigt. Das teilte der britische Finanzminister Rishi Sunak nach dem Treffen mit seinen G-7-Amtskollegen am Samstag in London mit. Jener Beschluss dient als wichtige

Grundlage für eine noch ausstehende Einigung der G-20-Staaten. Ziel ist es, die Steuerflucht von großen Konzernen zu erschweren. Künftig soll eine globale Mindeststeuer gelten, die nicht unter 15 Prozent liegen soll. Zweitens sollen künftig auch die Staaten profitieren, in denen Konzerne keinen Sitz haben, aber ihre Produkte verkaufen. ([Süddeutsche Zeitung](#))

Privatinsolvenzen steigen massiv

In den ersten drei Monaten sind in Berlin und Brandenburg die Privatinsolvenzen deutlich gestiegen. Mehr als 1300 Verbraucher haben im ersten Quartal 2021 eine Insolvenz angemeldet, wie die Wirtschaftsauskunftei Crifbürgel am Dienstag mitteilte. Das waren fast 50 Prozent (!) mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres. In Brandenburg stieg die Zahl der Privatinsolvenzen um rund 32 Prozent auf 885. Auch in den meisten anderen Bundesländern verzeichnete Crifbürgel einen sprunghaften Anstieg der Privatinsolvenzen. Erstaunlich ist, dass mit der Corona-Pandemie der starke Anstieg nicht viel zu tun, hieß es. Hier erwartet die Wirtschaftsauskunftei ab dem zweiten Halbjahr bundesweit eine Insolvenzwelle, die bis ins Jahr 2022 hineinreichen werde. ([Berliner Zeitung](#))